

Pressemitteilung des Vereins Berlin 21 e.V.

Agenda 21-Akteure bestürzt über Senatsbericht- Das Parlament ist jetzt gefordert ...

Der Vorstand des Vereins Berlin 21 e.V. (Dachverband der Berliner Nachhaltigkeitsinitiativen) begrüßt, dass nun doch noch mit erheblicher Verspätung der vom Abgeordnetenhaus beauftragte Bericht zur Lokalen Agenda 21 Berlin vom Senat vorgelegt wurde.

In einer ersten Bewertung wird allerdings kritisiert:

1. Dass die „zivilgesellschaftlichen Akteure“ in den vergangenen 3 Jahren an dem Agenda-21-Prozess völlig unzureichend beteiligt wurden. Eine Beteiligung der Bürgergesellschaft, die diese Bezeichnung verdient, hat nicht stattgefunden. Auch kann von einer „umfänglichen Befragung“ der Bezirke nicht die Rede sein.
2. Dass die Berichterstattung im Wesentlichen sehr allgemein gehalten ist und sowohl positive Entwicklungen wie auch Hemmnisse seit 2006 zu wenig aufzeigt. Es wird nur zu vier der 63 Handlungsziele berichtet. Unverzichtbare Instrumente einer nachhaltigen Entwicklung Berlins, die die Rahmenbedingungen verändern, wurden nicht behandelt. So wird das Berliner Klimaschutzgesetz und das dieses Jahr zu beschließende Landesenergieprogramm 2011-2020 ohne Vorgaben aufgeführt, weiterführende Instrumente nicht mal zur Diskussion gestellt.
3. Dass eine Verkürzung der 63 Handlungsziele auf 12 Kernindikatoren, wie vom Senat vorgeschlagen, nicht der Komplexität der notwendigen Entwicklungsmaßnahmen in Berlin gerecht wird. Allerdings wird eine Verschlankung auf etwa 30 Indikatoren, über die im Dialog mit der Bürgergesellschaft zu beraten ist, für überlegenswert angesehen. Bei einer Festlegung eines neuen Indikatorensystems sollten auch die vom Rat für Nachhaltige Entwicklung des Bundes vorgeschlagenen Indikatoren Berücksichtigung finden.

Da der Bericht somit offensichtlich nicht der Beauftragung durch das Parlament entspricht, empfiehlt Berlin 21 dem Abgeordnetenhaus den Beschluss über den Bericht als nicht erledigt zu erklären. Die Empfehlungen des Senats, künftig auf eine koordinierende Senatsverwaltung mit Agendabüro zu verzichten, sollte dringend abgelehnt, auf eine Berichtspflicht für alle Handlungsziele gedrungen (alternativ: erneut beschlossen) und die Einführung eines Staatssekretärs (sustainability cabinet) gefordert werden. Der Dialogprozess ist fortzusetzen, beginnend mit Beratungen des Berichts in allen für die sieben Handlungsfelder zuständigen Fachausschüssen des Parlaments.

Eine ausführliche **Stellungnahme zur Umsetzung des Beschlusses des Berliner Abgeordnetenhauses vom 08.06.2006 über „Lokale Agenda 21 – Berlin zukunftsfähig gestalten“** ist dieser Pressemitteilung beigelegt.

Für den Vorstand von Berlin 21 stehen Ihnen zur Verfügung:
Prof. Dr. Holger Rogall: 0151-15507246, Delia Hinz: 0172-6009439

Berlin, 23.02.2010